



Ernährungssicherung und GAP: öffentliches Gut und Menschenrecht

von Armin Paasch

Foto © Ute Leduc

Zu den öffentlichen Gütern der Landwirtschaft zählt ohne Zweifel auch die weltweite Ernährungssicherung. Mehr noch: eine angemessene Ernährung für Alle ist ein international verankertes Menschenrecht. Dieses zu achten, zu schützen und zu gewährleisten, ist daher eine völkerrechtliche Verpflichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

Die Landwirte bei der Bereitstellung öffentlicher Güter und gesellschaftlicher Leistungen zu unterstützen, sollte bei der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik das Kernanliegen sein. Zu diesen öffentlichen Gütern zählt die biologische Vielfalt, Klimaschutz, vitale ländliche Räume, ohne Zweifel aber auch die weltweite Ernährungssicherung. Mehr noch: eine angemessene Ernährung für Alle ist ein international verankertes Menschenrecht. Dieses zu achten, zu schützen und zu gewährleisten, ist daher eine völkerrechtliche Verpflichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Diese Verpflichtung gilt auch im Rahmen der Agrarpolitik.

Subventionierte Agrar- exporte verzerren den globalen Markt

Derzeit sind über eine Milliarde Menschen chronisch unterernährt. Verantwortlich dafür sind in vielen Fällen vor allem die Regierungen von Entwicklungsländern selber. Durch ihre gegenwärtige Agrar- und Handelspolitik trägt aber auch die EU zu Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung bei: Insbesondere über bilaterale Handelsabkommen drängt sie aktuell viele Länder des Südens zur Öffnung ihrer Märkte. Durch direkt oder indirekt subventionierte Agrarexporte überschwemmt sie zugleich die lokalen Märkte in diesen Ländern. Zahlreichen Milchbauern in Burkina Faso, Kamerun und Bangladesch, Tomatenbauern in Ghana, Geflügelhaltern in Kamerun, Ghana und Benin sowie Schweinehaltern der Elfenbeinküste wurde dadurch in den vergangenen Jahren ganz oder teilweise der Zugang zu Märkten und angemessenen Erzeugerpreisen deutlich erschwert. Das Recht

auf angemessene Ernährung wurde mitunter klar gefährdet oder verletzt.

Verfall der Erzeugerpreise...

Exportsubventionen sind dafür ein Grund, längst aber nicht mehr der wichtigste. 2009 erhielten europäische Exporteure für Milchausfuhren immer noch 181 Millionen Euro, sowie für Schweine- und Geflügelfleisch 59,9 beziehungsweise 91,6 Millionen Euro. Hauptgrund für die Billigexporte ist inzwischen allerdings der extreme Verfall der Erzeugerpreise in der EU. Lagen diese 1986-88 noch 71 Prozent über den durchschnittlichen Weltmarktpreisen, so beträgt der Abstand 2007-2009 laut OECD nur noch neun Prozent. Für die europä-



Foto © www.kappisdesign.de, pixello.de



Foto © Markus Wacker, pixello.de



Foto oben © www.Stephanie Hofmann.de

ische Agrarindustrie ist das ein Segen. Sie erhält dadurch Zugang zu günstigen Rohstoffen und kann trotz sinkender Exporterstattungen ihre Ausfuhr zu Dumpingpreisen ausweiten. Mit einem Weltmarktanteil von 17 Prozent ist die EU seit 2003 in der Landwirtschaft Exportweltmeister.

... von der EU aktiv gefördert

Diesen Verfall der Erzeugerpreise hat die EU durch Senkung der Interventionspreise, eine moderate Marktöffnung sowie Anreize zur Produktionssteigerung, etwa die Anhebung der Milchquote, aktiv befördert. Ermöglicht wird Dumping zudem auch durch entkoppelte Direktzahlungen, welche mit 32 Milliarden Euro inzwischen den größten Teil der Agrarsubventionen ausmachen. Denn ohne diese Stützungen wären nur die wenigsten Betriebe überhaupt in der Lage, derart niedrige Erzeugerpreise zu akzeptieren. Einen potenziellen Dumpingeffekt haben zudem die etwa sieben Milliarden Euro, welche im Rahmen der zweiten Säule jährlich gezielt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden.

Für eine faire GAP-Reform

Wie also könnte die GAP reformiert werden, damit sie dem öffentlichen Gut und Menschenrecht der angemessenen Ernährung auch außerhalb der EU Rechnung trägt? Gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung und der „Verbändeplattform“ fordert das Bischöfliche Hilfswerk Misereor vor allem für ein Abrücken von der einseitigen Orientierung auf Wachstum und Exporte. Zu ihren Kernforderungen gehören eine sofortige und bedingungslose Abschaffung aller Exportsubventionen und solcher Investitionsbeihilfen, die nicht der ökologischen Erneuerung dienen. Direktbeihilfen sollen nicht pauschal gekürzt, aber zwecks gerechter Verteilung je nach Betriebsgröße degressiv gestaffelt und an striktere Umweltstandards sowie an die Anzahl Arbeitskräfte je Hektar gekoppelt werden.

Damit Bauern für ihre Produkte künftig wieder faire Preise erhalten, sollen

Konzentrationsprozesse im Einzelhandel und bei der Agrarindustrie eingedämmt sowie für Milch eine flexible und binnenmarktorientierte Steuerung der Produktionsmenge eingeführt werden. Dadurch würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Durch Absenken der Exportmengen und eine Anhebung der Exportpreise würden die Märkte in Entwicklungsländern entlastet. Zugleich würden hiesige Bauern aus der Niedrigpreisspirale befreit. Damit wäre auch weiteren öffentlichen Gütern gedient, nämlich der Stärkung vitaler ländlicher Räume und dem Erhalt menschenwürdiger Arbeitsplätze auf dem Land. Entwicklungs- und agrarpolitische Anliegen sind keine Gegensätze. Kohärenz würde auch dem Großteil europäischer Bauern dienen.



Foto © Ute Leduc

Literatur

- Agrar-Europe 23/10, 7.6.2010, EU-Nachrichten S. 8.
- OECD (2010). Agricultural Policies in OECD Countries at a Glance, S. 50.
- European Parliament, Committee on Agriculture and Rural Development, Draft Report on the Future of the Common Agricultural Policy after 2013, Rapporteur: George Lyon, 24.3.2010, S. 5.
- OECD (2009). Agrarpolitik in den OECD-Ländern: Monitoring und Evaluierung 2009, S. 121.

Autor:

Armin Paasch,

Bischöfliches Hilfswerk Misereor, Referent für Welthandel und Ernährung



MISEREO
IHR HILFSWERK

LandInForm Spezial 01

Öffentliche Güter und Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft

Sept. 2010

Auszug

Herausgeber:
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de